

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
WOCHENBERICHT 19/99

Berlin

3. Ex

13. Mai 1999

66. Jahrgang

**Die wirtschaftliche Lage Rußlands
Schuldenstreichung statt Reformen?**Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, BerlinInstitut für Weltwirtschaft
an der Universität KielInstitut für
Wirtschaftsforschung Halle

Das jüngst vereinbarte neuerliche Kreditpaket des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie die wieder kräftig gestiegenen Weltmarktpreise für Erdöl haben der russischen Regierung erst einmal eine weitere Atempause verschafft. Diese müßte sie nun nutzen, um zum einen schnellstens die deutlich verbindlicher gestalteten Voraussetzungen für die tatsächliche Gewährung des Kredits zu erfüllen und zum anderen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß eine weitere Kapitalflucht aus Rußland unattraktiv wird und dafür endlich verstärkte reale Investitionen in Rußland attraktiv erscheinen.¹

Produktion, Investitionen, Preise

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war bis zuletzt geprägt von den Folgen der Finanz- und Währungskrise des letzten Sommers. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Jahres 1998 fiel um 4,6 % hinter das Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode zurück (Tabelle 1).² Die Verschlechterung hatte schon im Mai des Jahres 1998 eingesetzt, und sie beschleunigte sich dann bis in den Spätherbst hinein. Danach ging der Rückgang teilweise langsamer vor sich. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß sich hierin eine Wende zum Positiven ankündigen würde. Die verfügbaren vorläufigen Angaben für das erste Quartal des Jahres 1999 deuten vielmehr auf eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Rückgangs hin (geschätzte Abnahme des BIP: 7 %).³

Der private Verbrauch spiegelt deutlich die Entwicklungen vor und nach dem Ausbruch der Krise wider. Im er-

sten Halbjahr 1998 war der private Verbrauch, gemessen an der realen Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes,

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 340/1999, IWH Forschungsreihe 3/1999, sowie im Frühsommer 1999 in: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa — Sammelband 1999, erhältlich beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

² Soweit nicht anders vermerkt, sind die verwendeten Zahlen den Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees für Statistik (Goskomstat) entnommen; vgl. Social'no-ekonomič eskoe položenie Rossii 1998, Moskau 1999. Die Frage nach der Zuverlässigkeit der genannten Daten ist immer wieder zu stellen. Erhebungsprobleme, die Existenz einer umfangreichen Schattenwirtschaft sowie der hohe Umfang von Bartergeschäften, bei denen die Preise nicht den Marktpreisen entsprechen, lassen es ratsam erscheinen, die getroffenen Aussagen als Trendaussagen zu verstehen.

³ Schätzung des russischen Wirtschaftsministeriums; vgl. Moscow Times vom 26. März 1999.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 1999
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 1. Hj.	1998	1999 1. Qu.
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-4,9	0,8	-0,5	-4,6	.
Industrieproduktion ¹⁾	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	0,1	-5,2	-2,0
Agrarproduktion ¹⁾	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12,0	-8,0	-5,1	1,3	0,1	-12,3	.
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24,0	-10,0	-18,1	-5,0	-6,0	-6,7	.
Gütertransportvolumen ²⁾	.	-7,4	-23,6	-5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8	.	-5,3	.
Gütertransportvolumen ³⁾	.	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,8	-3,5	.
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	12,0	-3,2	-3,0	1,9	0,1	-7,0	-4,1	4,7	-1,0	-4,5	.
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ¹⁾	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,3	0,4	-2,4	.
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18,0	120	750	1030	360	158	46,1	22,7	-1,3	3,8	.
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ⁴⁾	.	7,5	-50,5	11,2	13,0	-15,0	-0,8	6,3	-11,2	-18,2	.
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994	878	276	114	57,3	20,2	13,2	10,1	.
Reallöhne und -gehälter	.	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,7	4,5	-13,8	.
Verbraucherpreise ⁵⁾	6,0	160	2 510	840	215	131	21,8	11,0	4,1	84,4	.
Industrielle Erzeugerpreise ⁵⁾	4,0	240	.	895	233	175	25,6	7,5	0,5	23,2	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	.	.	4,7	5,5	7,4	8,8	9,3	11,3	11,5	11,8	12,4

¹⁾ Real. — ²⁾ Auf Tonnenbasis. — ³⁾ Auf Basis Tonnenkilometer. — ⁴⁾ 1991 bis 1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; 1994 bis 1998: Jahresdurchschnitt. — ⁵⁾ 1990: Jahresdurchschnitt; 1991 bis 1998: Dezember zu Dezember des Vorjahres bzw. Juni 1998 zu Dezember 1997. — ⁶⁾ Am Periodenende; ILO-Methodik.

Quellen: Goskomstat: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352; Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 254; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 12, 54, 80, 243 und 396; O položenii Rossijskoj ekonomiki v 1993 godu i perspektivach razvitija na 1994 god, Moskau 1994, S. 162; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 7, 8, 179 und 182; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 7, 8, 103 ff. und 284; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 7–8, 105, 260, 279; Pressemitteilungen auf der Basis von Goskomstat.

nur um vergleichsweise geringe 1,0 % zurückgegangen.⁴ Im Juli und August 1998 kam es dann zu einer kräftigen realen Zunahme des privaten Verbrauchs, und zwar vor allem in Form von Käufen langlebiger Konsumgüter (drittes gegenüber zweitem Quartal 1998: +4,8 %). Diese Entwicklung fand im Gefolge des einsetzenden starken Preisanstiegs ein rasches Ende. Im letzten Quartal 1998 kam es zu einem regelrechten Einbruch bei den Käufen langlebiger Konsumgüter, deren reales Volumen gegenüber dem Vorjahresquartal um 21,3 % und gegenüber dem dritten Quartal 1998 um 9,6 % zurückging. Dennoch blieb insgesamt der Rückgang des Einzelhandelsumsatzes deutlich hinter dem Rückgang der verfügbaren realen Geldeinkommen der privaten Haushalte (-18,2 % für das Gesamtjahr 1998) zurück.

Der Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen hat sich im Jahr 1998 neuerlich beschleunigt. Die progressive Verschlechterung vollzog sich bis in das letzte Quartal (8,4 % unter dem Vorjahresquartal). Der schon seit Beginn der Dekade anhaltende Rückgang der Investitionstätigkeit hat dazu geführt, daß mittlerweile die Arbeit an 57 % der

Investitionsprojekte bzw. Baustellen ruht. Der Maschinenbestand nimmt ab bzw. veraltet. Für den Bereich der Baumaschinen liegen entsprechende Zahlen vor. Ihr Bestand lag 1998 um mehr als 20 % unter dem des Vorjahres, die Höchstnutzungsdauer war bei fast 40 % der Maschinen überschritten. Die russische Regierung hat offenbar die Hoffnung aufgegeben, daß es auf freiwilliger unternehmerischer Basis zu einer Belebung der Investitionstätigkeit kommen könnte. Das Bestreben ist, in Zukunft mit Hilfe direkter staatlicher Eingriffe in die Kreditvergabe eine Wende herbeizuführen.⁵

Die verfügbaren Angaben zum Staatsverbrauch (vgl. Abschnitt Öffentliche Haushalte) lassen keinen Zweifel daran, daß er keine nachfragebelebende, sondern eine

⁴ Die Angaben zum privaten Verbrauch im Jahr 1998 wurden in neueren Veröffentlichungen von Goskomstat nach unten revidiert. Vorher war für die genannte Periode ein deutlicher Zuwachs des privaten Verbrauchs gemeldet worden.

⁵ Zu diesem Zweck soll eine um die alte Promstroibank im Entstehen begriffene „Russian Development Bank“ eingesetzt werden. Vgl. z. B. Moscow Times vom 16. März 1999.

deutlich kontraktive Wirkung auf das BIP entfaltete. Bruchstückhafte Angaben zur Verwendungsrechnung des BIP zeigen, daß auch von den Lagerinvestitionen eine dämpfende Wirkung ausging. Sie gingen um mehr als die Hälfte zurück; trotz ihres geringen Anteils am russischen Sozialprodukt trugen sie damit mehr als einen Prozentpunkt zu dessen negativer Veränderungsrate bei. Umgekehrt verhält es sich mit dem Außenhandel. Zwar verringerten sich sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren (vgl. Abschnitt Außenwirtschaft). Da die Einfuhren jedoch wesentlich stärker kontrahierten, kam es zu mehr als einer Verdoppelung der Nettoexporte, wodurch zunächst ein wesentlich stärkerer Rückgang des BIP verhindert wurde.

Die Entstehungsseite des BIP zeigt, daß kein Wirtschaftsbereich von der Krise verschont blieb. Die industrielle Produktion ging im Jahr 1998 um 5,2% zurück. Zwar kam es nach zweistelligen Rückgängen im unmittelbaren Gefolge der Ereignisse vom Sommer 1998 wieder zu einer leichten Erholung, die im ersten Quartal 1999 anhielt; im Vorjahresvergleich setzte sich jedoch der Schrumpfungsprozeß der industriellen Produktion fort (-2,0%). Auch die Leistung des Transportsektors blieb nach unten gerichtet. Überlagert und verschärft wurde die Krise noch von außerordentlich schlechten landwirtschaftlichen Ergebnissen. Dürre und Überschwemmungen verursachten einen Rückgang der pflanzlichen Produktion um 23,5%; die Getreideernte lag

sogar um mehr als 46% unter der des Vorjahres. Die tierische Produktion stagnierte (-0,9%). Die Viehbestände lagen zum Jahresende 1998 unter dem Vorjahresniveau, bei Rindern um 9%.

Sämtliche Industriezweige wiesen im Jahr 1998 eine nach unten gerichtete Entwicklung auf (Tabelle 2). Der Rückgang der Produktion im Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung trug angesichts des großen Anteils (über 20%) dieser Branche an der Industrieproduktion dreimal so stark wie jeder andere Industriezweig zum Rückgang der gesamten industriellen Produktion bei. In vielen Teilbereichen des Maschinenbaus ergaben sich im Jahr 1998 zweistellige prozentuale Rückgänge.⁶ Über 80% der statistisch erfaßten Kategorien von langlebigen Konsumgütern wiesen zweistellige prozentuale Produktionsrückgänge auf; nur in sehr wenigen Fällen gab es eine aufwärtsgerichtete Entwicklung, so bei Farbfernsehgeräten.

⁶ Selbst die Produktion von Personal-Computern ging um fast 40% zurück. Deutliche Aufwärtsentwicklungen ergaben sich nur in Einzelbereichen mit vielleicht effizienzsteigernder Bedeutung, wie bei Registrierkassen (+21,8%) und Stromzählern (+39,8%). Diesen wenigen Ausnahmen stehen jedoch in gewichtigen Bereichen starke Rückgänge gegenüber, so bei Personenkraftwagen (-15%), Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen (-9,3%) sowie bei Mähdreschern (-55,1%).

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen 1990 bis 1998
reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 1. Hj.	1998
Industrie insgesamt ¹⁾	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2	0,1	-5,2
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2	-0,3	-2,5
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0	-1,8	-2,5
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1	-2,1	-8,1
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5	2,0	-5,0
Chemische und Petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2	-3,5	-7,5
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4	1,0	-7,5
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1	3,4	-0,4
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4	-0,5	-5,8
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2	0,0	-11,5
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1	3,7	-1,9

¹⁾ Ab 1994 einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfaßt.

Quellen: Goskomstat: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 492; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau, 1998, S. 26-27; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 16.

Der wichtige Bereich der Brennstoffindustrie ist von einer leicht zurückgehenden Erdölförderung (-1,0%) bei einer zugleich deutlich stärker abnehmenden Erdölverarbeitung (-7,4%), und von einer leicht steigenden Erdgasförderung (+0,8%) gekennzeichnet. Damit ist der Anteil von Erdgas an der Primärenergieproduktion über 50% gestiegen. Der Rückgang von Erdgasbohrungen um mehr als 40% läßt aber sogar die Aussichten dieses Industriezweigs als getrübt erscheinen.

Die Nahrungsmittelindustrie kann im Lichte der starken Abwertung des Rubels besonderes Interesse beanspruchen, denn gerade ihre Erzeugnisse sollten wegen der verteuerten Einfuhren auf eine verstärkte Nachfrage treffen. In der Tat ist diese Importsubstitution punktuell zu erkennen. Zwar ging im Jahr 1998 die Erzeugung in der Nahrungsmittelindustrie insgesamt um 1,9% zurück, dabei stieg jedoch beispielsweise die Produktion von Teigwaren beträchtlich (+21,4%) und zudem mit einer Beschleunigungstendenz (Dezember 1998 gegenüber Dezember 1997: +58,4%).⁷ Die Umorientierung auf einheimische Produkte fand auch im Anteil von Importen am gesamten Einzelhandelsumsatz ihren Niederschlag: Dieser sank bis zum vierten Quartal 1998 auf 37%, nachdem er noch im ersten Quartal 48% betragen hatte.⁸

Von den starken Produktionsrückgängen in der chemischen und petrochemischen Industrie blieben nur wenige Bereiche ausgenommen. Nennenswert ist der deutliche Anstieg bei Pkw-Reifen (+4,5%). Die zeitweisen Exporterfolge der Eisen- und Stahlindustrie, die zuletzt durch Gegenmaßnahmen, vor allem der USA, deutlich ge-

bremst wurden, konnten nicht verhindern, daß dieser Industriezweig unter den gewichtigeren Branchen den stärksten Produktionsrückgang (-8,1%) hinnehmen mußte. Stärker ging nur die Produktion in der Leichtindustrie zurück (-11,5%); dies fällt allerdings kaum mehr ins Gewicht, denn die Leichtindustrie ist mit einem Anteil von nur mehr 1,8% an der Industrieproduktion fast bedeutungslos geworden. Auch der gewichtige Bereich der NE-Metalle verzeichnete eine stark zurückgehende Produktion; nur noch die Erzeugung von Aluminium und Kupfer zeigte eine Aufwärtsentwicklung. Beide Produkte gehen überwiegend in die Ausfuhr.

Zum deutlichen Rückgang der Produktion in der Baustoffindustrie (-5,8%) ist anzumerken, daß einige Baumaterialien, die eine Nähe zum privaten Wohnungsbau vermuten lassen, noch eine positive Entwicklung aufwiesen. So stieg die Produktion von Heizkörpern (+14,7%), Badewannen (+12,1%), Linoleum (+6,3%) und Sanitär-

⁷ Ähnliches gilt für die Produktion von Margarine (+6,8%, Dezember zu Dezember: +85,1%), Bier (+27,1%, Dezember zu Dezember: +39,5%) und Wodka (+3,8%, Dezember zu Dezember: +36,6%). Der Verkauf alkoholischer Getränke ging übrigens im Gefolge der Krise zunächst stark zurück (im August und September 1998 jeweils um mehr als 10 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat), um nach einer kurzen Stagnation schon gegen Jahresende wieder drastisch zu steigen (November und Dezember 1998 jeweils um knapp 30%). Dabei ergab sich eine wieder zunehmende Konzentration auf hochprozentige Produkte (Anteil von Wodka und Cognac: 82,4%, nach 79,0% im Vorjahr).

⁸ Der Spitzenwert lag 1997 bei 49%; im Jahr 1992 hatte der Anteil erst bei 23% gelegen.

Tabelle 3

Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1999
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %

	Verbraucherpreise						Industrielle Erzeugerpreise					
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	8,5	19,0	21,5	3,2	1,1	0,9	6,8
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	4,1	15,1	16,9	2,7	1,6	0,5	5,5
März	7,4	8,9	2,8	1,4	0,6	2,8	10,2	10,8	2,6	1,3	-0,1	3,9
April	8,5	8,5	2,2	1,0	0,4	3,0	10,6	14,8	2,4	0,8	0,0	.
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9	0,5	.	6,6	8,9	1,1	0,5	-0,9	.
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1	0,1	.	8,4	6,1	1,6	0,8	0,0	.
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9	0,2	.	7,8	6,7	1,2	0,2	-0,8	.
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1	3,7	.	5,8	6,7	2,1	0,5	-1,2	.
September	7,9	4,4	0,3	-0,3	38,4	.	7,3	5,7	1,7	0,1	7,4	.
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2	4,5	.	11,0	4,6	2,8	0,1	5,9	.
November	14,6	4,5	1,9	0,6	5,7	.	12,6	2,9	0,9	0,2	5,1	.
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0	11,6	.	12,9	1,9	0,8	0,0	4,8	.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 110; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 176, 195 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 173.

keramik (+10,1 %) kräftig. Dies deckt sich mit der ausgewiesenen Entwicklung des privaten Wohnungsbaus. Die fertiggestellte Fläche in diesem Bereich stieg deutlich (+5,0%) und erreichte einen beträchtlichen Anteil (40%) am gesamten Wohnungsbau. Einen nur geringen Rückgang wies die Produktion in der Holz- und Holzverarbeitungsindustrie auf (-0,4%). Vor allem die Zellulose- und Papierherstellung stieg (+7,5%), bei Zeitungspapier sogar sehr stark (+17%), wiederum mit einer starken Exportkomponente.⁹

Die zurückgehende Leistung im Transportwesen (-3,5%, in Tonnenkilometer) ist praktisch durchgängig; sie wird nur von der zunehmenden Leistung im Bereich des Pipelinetransports (+2,3%) durchbrochen. Die übrigen Bereiche des Transportwesens wiesen deutliche Rückgänge auf, am geringsten noch der Eisenbahntransport (-7,3%); die weiteren Transportarten gingen mit zweistelligen Raten zurück, am stärksten der Hochseetransport (-30%). Auffallend ist der starke Rückgang der Einfuhren auf dem Schienenweg (-9,1%) und dabei die deutliche Beschleunigungstendenz dieses Rückgangs (Dezember 1998 zu Dezember 1997: -31,2%).

Die Verbrauchsgüterpreise waren in Rußland vor dem Ausbruch der Krise nur noch mit einer Jahresrate von etwa 5% gestiegen. Die industriellen Erzeugerpreise waren sogar schon im Sinken begriffen (Tabellen 3 und 4). Im Gefolge der Abwertung des Rubels kam es zunächst zu einem starken Preisschub bei den Verbrauchsgütern, der im September 1998 (mit fast 40% gegenüber August) seinen Höhepunkt erreichte. Seither sind die monatlichen Inflationsraten zwar zurückgegangen, im Durchschnitt des ersten Quartals 1999 lag die Preissteigerung auf Jahresbasis jedoch immer noch über 80%, wenngleich dahinter zurückgehende monatliche Steigerungsraten stehen (Januar: 8,5%, Februar: 4,1%, März: 2,8%).

Zunehmende staatliche Eingriffe in den Preisbildungsprozeß reduzieren die Aussagekraft der angegebenen Inflationsraten. Dies trägt zu einer weiter steigenden Unsicherheit bei, die sich bereits aus dem großen Umfang von Bartergeschäften, bei denen die gemeldeten Preise nicht den Marktpreisen entsprechen, ergibt. Eine Folge der Ein-

⁹ Auffallend ist auch der starke Anstieg der Ausfuhren (sic!) von Getreide um mehr als 20%.

Tabelle 4

Preisentwicklung 1991 bis 1998
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Verbraucherpreise	160	2 510	840	2 115	131	22	11	84,4	0,2	3,7	38,4	4,5	5,7	11,6
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18	9	96,0	-0,1	2,4	39,5	3,9	7,6	17,1
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53	18
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18	8	99,5	0,1	7,1	54,3	7,4	4,3	6,3
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48	23	18,3	1,2	1,2	3,4	1,6	1,3	1,8
Industrielle Erzeugerpreise	240	3 280	895	233	175	26	7	23,2	-0,8	.	7,5	5,9	5,1	4,8
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35	9	.	0,1	.	1,2	.	-0,9	-0,5
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	40	19	.	-4,9	.	1,9	.	7,3	4,2
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16	1	.	1,0	.	2,4	.	1,9	3,2
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12	3	.	-1,4	.	19,2	.	9,8	5,2
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18	5	.	0,6	.	8,3	.	4,5	3,9
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24	11	.	-0,1	.	3,4	.	4,4	3,0
Maschinenbau und Metallverarbeitung	210	2 620	949	230	178	24	9	.	-0,1	.	8,6	.	5,9	4,1
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12	8	.	0,0	.	6,1	.	8,3	8,8
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34	9	.	0,3	.	3,6	.	1,0	1,6
Leichtindustrie	370	1 160	381	241	163	20	10	.	-0,2	.	10,5	.	8,2	7,3
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22	11	.	-0,2	.	21,1	.	7,6	11,3

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 176 f., 197 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 172 ff, 182 ff.

griffe sind starke regionale Preisdifferenzierungen. So reicht die Spanne der nötigen Ausgaben für einen Warenkorb von Grundnahrungsmitteln von 347 bis 833 Rubel. Die Regierung hat angekündigt, daß sie eine strengere Kontrolle der Nahrungsmittelpreise plane.¹⁰

Arbeitsmarkt

Offiziellen, nach der ILO-Methode¹¹ berechneten Angaben zufolge waren im Dezember 1998 etwa 8,6 Millionen Personen arbeitslos; die Arbeitslosenquote betrug 11,8 % (Dezember 1997: 11,3 %). Seither stieg die Quote weiter; in den ersten drei Monaten 1999 lag sie bei jeweils 12,4 %. Umfang und Dimensionen der Arbeitslosigkeit sind gleichwohl auf Grund nicht registrierter Beschäftigung sowie einer unvollständigen statistischen Erfassung der Arbeitsmarktlage¹² nicht eindeutig zu bestimmen. Schätzungen beziffern die Arbeitslosigkeit bereits für das Jahr 1997 auf 11 Millionen Personen, d. h. etwa 15 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.¹³

Der offiziellen Statistik zufolge ist die Zahl der Beschäftigten im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr weiter leicht zurückgegangen und betrug im Dezember 64 Millionen Personen; dies bedeutet einen Rückgang um 400 000 Personen gegenüber Dezember 1997. Die seit August 1998 anhaltende Finanzkrise hatte bis Jahresende 1998 keinen markanten Einfluß auf die Entwicklung der Beschäftigung. In den großen und mittleren Unternehmen und im öffentlichen Sektor, wo insgesamt zwei Drittel der Beschäftigten tätig sind, lag die Zahl der Arbeitsplätze im November 1998 um 3,7 % niedriger als ein Jahr zuvor. Dabei ist die Zahl der Zweitbeschäftigten um 3,8 % gestiegen, ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten betrug 2 % (jeweils berechnet in Vollbeschäftigten).

Die stärksten Beschäftigungsrückgänge (November 1997 bis November 1998) waren in der Erdölförderung (-17,2 %), in der Erdölverarbeitung (-12,4 %), im Kohlebergbau (-12,7 %) und in der Leichtindustrie (-11 %) zu verzeichnen. In der rohstofffördernden Industrie reflektiert dies auch eine Anpassung an den bis dahin anhaltenden Verfall der Weltmarktpreise für Rohöl und damit der Gewinne. In der Leichtindustrie paßte sich die Beschäftigung an die weiter sinkende Produktion an, die 1998 nur noch 11 % des Niveaus von 1990 betrug. Aufgestockt wurde dagegen der Personalbestand in der Elektroenergieerzeugung (+2,1 %), im Gesundheits- (+1,6 %) und im Bildungswesen (+0,9 %), im Bereich von Kultur und Kunst (+2,3 %) sowie in der staatlichen Verwaltung (+3,1 %), also überwiegend im öffentlichen Sektor.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Gesamtzahl der Arbeitslosen ging die Anzahl der von den Arbeitsämtern als arbeitslos registrierten Personen von 2,0 Millionen im Dezember 1997 auf 1,9 Millionen im Dezember 1998 zurück. Die Quote der offiziell registrierten Arbeitslosen sank da-

mit von 2,8 auf 2,7 %. Vergleicht man diese Quote mit der nach der ILO-Methode berechneten, so wird deutlich, daß sich nur relativ wenige Arbeitslose von den Arbeitsämtern registrieren lassen. Die Ursache für die geringe Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt vor allem in der geringen Arbeitslosenunterstützung und in der unter den Betroffenen verbreiteten Erfahrung, daß vom Arbeitsamt keine effektive Hilfe bei der Arbeitssuche zu erwarten ist.¹⁴ Dies wird auch durch die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen unterstrichen: Vor dem Hintergrund einer weiterhin schrumpfenden Wirtschaft entfielen im Dezember 1998 auf eine offene Stelle 6,6 registrierte Arbeitslose, während es ein Jahr zuvor noch 6,0 waren.

Neben der offiziell nicht registrierten Arbeitslosigkeit blieb die verdeckte Arbeitslosigkeit in den Unternehmen hoch. Auch 1998 haben die Unternehmen Entlassungen durch die Anordnung von Zwangsurlaub und Teilzeitarbeit vermieden. Davon waren im Zeitraum Januar bis September im Durchschnitt etwa 9 % der Beschäftigten betroffen, wobei einige Branchen deutlich darüber lagen. In der Industrie machte der entsprechende Anteil etwa 42 % der Beschäftigten, im Transportgewerbe 35 % und im Baugewerbe 29 % aus. Für die ersten drei Quartale 1998 entsprach dieser Arbeitszeitausfall einer verdeckten Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 1,1 Millionen Personen (1997: 1,3 Millionen), was einem Anteil von 1,5 % an der Gesamtbeschäftigung gleichkommt.¹⁵ Es ist zu vermuten, daß im vierten Quartal in Folge der Wirtschaftskrise auch die Teilzeitarbeit und der Zwangsurlaub weiter anstiegen.

Einkommen der privaten Haushalte

Der Ausbruch der Finanz- und Währungskrise verstärkte die bereits seit Beginn des letzten Jahres zu beobachtende negative Entwicklung bei den realen Geldeinkom-

¹⁰ Dies gelte vor allem für die Preise für Brot, Milchprodukte und Pflanzenöl; so der Stellvertretende Ministerpräsident Kulik, Interfax vom 1. März 1999, zitiert nach Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE-RL) vom 2. März 1999. Bereits bisher wurden verstärkt regional begrenzte Preisregulierungen erlassen; vgl. z. B. *Finansovye Izvestija* vom 15. September 1998, *Ekonomika i žizn'*, Nr. 42, 1998, S. 1, RFE-RL vom 21. Dezember 1998, 23. Dezember 1998 und 1. Februar 1999.

¹¹ Die International Labour Organisation (ILO) berechnet die Zahl der Arbeitslosen als Differenz zwischen den Erwerbspersonen und den Beschäftigten.

¹² Die Arbeitsmarktzahlen werden einmal jährlich durch Befragungen ermittelt und zwischenzeitlich mit anderen statistischen Methoden geschätzt. Die Ergebnisse der letzten Befragung vom Oktober 1998 wurden im März 1999 veröffentlicht.

¹³ Vgl. N. Tichonova: *Arbeitslosigkeit in Rußland — Dimensionen, Ursachen und Bekämpfung*. In: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 52/1998.

¹⁴ Vgl. ebd., sowie RFE-RL vom 10. Februar 1999.

¹⁵ Vgl. Goskomstat: *Social'no-ekonomič eskoe položenije Ros-sij janvar'-oktjabr' 1998 g.*, Moskau 1998, S. 275.

men der privaten Haushalte. Die realen Geldeinkommen waren bereits bis August 1998 um etwa ein Zehntel unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats geblieben. Ab September beschleunigte sich der Rückgang auf etwa 25 %. Im Gesamtjahresvergleich nahmen die realen Geldeinkommen um 18,2 % ab.¹⁶ Im Unterschied dazu setzte der Rückgang der realen Löhne erst im August auf Grund der Beschleunigung der Inflation ein. Im September fielen die Reallöhne um 30 % gegenüber September 1997, im Gesamtjahr betrug der Rückgang 13,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die reale Durchschnittsrente blieb trotz erheblicher Rückgänge ab September 1998 nur um 4,8 % unter dem Vorjahresniveau. Die Rentenerhöhungen am Jahresanfang haben hier stützend gewirkt. Der Anteil der Löhne an den gesamten Geldeinkommen stieg auf 42,4 % (+3,1 Prozentpunkte), der Anteil der sozialen Transfers verringerte sich um 1,6 Prozentpunkte auf 13,3 %. Der Anteil der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Vermögen und sonstigen Quellen fiel insgesamt um 1,5 Prozentpunkte auf 44,3 %. Erstmals wurden die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Unternehmertätigkeit) gesondert ausgewiesen. Ihr Anteil an den Geldeinkommen stieg von 13 % im Vorjahr auf 16,5 %. Dementsprechend fiel der Anteil der sonstigen Einkommen um etwa 5 Prozentpunkte auf 22,3 %.

Nach wie vor bestehen Unklarheiten über die Höhe der tatsächlich verfügbaren Einkommen. Dies betrifft sowohl die Einkommen aus unselbständiger als auch die aus selbständiger Tätigkeit, vor allem weil die Einkommen aus der Schattenwirtschaft, einschließlich der Löhne, nur grob geschätzt werden können. Hinzu kommt, daß weiterhin ein Teil der Löhne in Naturalien ausgezahlt wird und hohe Lohnrückstände vorliegen. In der russischen Statistik werden auch die Lohnrückstände als Lohneinkommen gewertet. Da die Lohnrückstände von Dezember 1997 bis Dezember 1998 mit 57 % bedeutend schneller als die Löhne (+14 %) wuchsen, dürften sie im Dezember etwa 150 % des durchschnittlichen Monatslohns erreicht haben. Der Rückgang der realen, tatsächlich verfügbaren Lohneinkommen dürfte also noch ausgeprägter gewesen sein als die oben erwähnten 13,8 %. Der auf die staatlichen Haushalte entfallende Teil der Lohnschulden belief sich im Dezember 1998 auf 26 % und hatte sich damit gegenüber Dezember 1997 (10 %) mehr als verdoppelt. Die Lohnschulden der regionalen Haushalte betrugen am Jahresanfang 1999 durchschnittlich mehr als zwei Monatslöhne.¹⁷ Die Anzahl der statistisch erfaßten Unternehmen mit Lohnschulden hat sich gegenüber Dezember 1997 ebenfalls verdoppelt.¹⁸ Insgesamt dürfte die Währungs- und Finanzkrise nicht nur zu einem Rückgang der realen Löhne, sondern auch zu einer Umverteilung der Lohneinkommen zwischen den einzelnen Branchen geführt haben.

Nach einer im März 1999 in Kraft getretenen Ergänzung der Strafprozeßordnung kann die Nichtauszahlung von mehr als zwei Monatslöhnen bzw. Renten, Stipendien und

anderen gesetzlichen Ansprüchen durch die verantwortlichen Leiter der Unternehmen, Ämter oder anderer Organisationen unabhängig von der jeweiligen Eigentumsform strafrechtlich geahndet werden. Es können Geldstrafen, ein befristetes Verbot, bestimmte Tätigkeiten auszuüben, und Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu maximal 7 Jahren, verhängt werden.¹⁹ Eine konsequente Umsetzung dieser neuen Regelung in die Rechtspraxis wäre allerdings überraschend.

Die Einkommensdisparitäten nahmen 1998 geringfügig ab.²⁰ Die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensdezil betrug 13,4 (1997: 13,5). Dagegen ließen im Zeitraum Januar bis November unterschiedliche Lohnzuwächse in den Branchen die Lohn Differenzierung gegenüber dem Vorjahreszeitraum weiter ansteigen. Die höchsten Löhne wurden wie bisher in der Erdgasindustrie und den anderen Branchen der Brennstoffindustrie, im Bankensektor und in der staatlichen Verwaltung und die niedrigsten Löhne in der Land- und Forstwirtschaft gezahlt. Die Durchschnittslöhne in der Land- und Forstwirtschaft, im Bildungswesen und im Bereich Kultur und Kunst lagen im November 1998 unter dem Existenzminimum einer Person im arbeitsfähigen Alter. Der seit Anfang 1997 unveränderte Mindestlohn von 83 Rubel entsprach im Dezember 6 % des Durchschnittslohnes und etwa 10 % des Existenzminimums.

Die Lage der Rentner hatte sich durch die Rentenerhöhung am Jahresanfang 1998 zunächst verbessert. Im August 1998 lag die reale Durchschnittsrente um 14,5 % über dem Niveau des Vorjahresmonats und entsprach damit 127 % des Existenzminimums einer Person im Rentenalter. Unveränderte Nominalrenten und starke Preiserhöhungen ab September 1998 ließen die reale Durchschnittsrente bis Dezember 1998 aber auf rund 60 % des Vorjahresniveaus fallen. Im Dezember 1998 erreichte die Durchschnittsrente lediglich 80 % des Existenzminimums.

Seit Jahresbeginn 1998 stieg der Anteil der Bevölkerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum (Armutquote) zunächst langsam an. Als Folge der Finanzkrise kam es ab September zu einer drastischen Zunahme der Zahl der Armen. Im Dezember erreichte die Armutsquote 27,3 % (Dezember 1997: 18,3 %).

Der Anteil der Konsumausgaben an den Geldausgaben stieg von 67,9 % im Jahr 1997 auf 78,5 % im Jahr 1998, was einerseits auf sinkende Realeinkommen und zuneh-

¹⁶ Vgl. Russian Economic Trends, Monthly Update, Februar 1999.

¹⁷ Vgl. Izvestija vom 12. März 1999.

¹⁸ Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomič eskoe položenie Rossii 1998, Moskau 1999, S. 242; sowie Social'no-ekonomič eskoe položenie Rossii 1997, Moskau 1998, S. 250.

¹⁹ Vgl. Rossijskaja Gazeta vom 17. März 1999.

²⁰ Dabei sind die Lohnrückstände jedoch nicht berücksichtigt.

mende Armut, andererseits auf Panikkäufe im Vorfeld der Währungskrise und eine Flucht in Sachwerte zurückzuführen ist.²¹ Darauf verweist auch, daß die Sparquote von 25% im Jahre 1997 auf 15,3% gesunken ist. Ein unverändert hoher Anteil (etwa 80%) der Ersparnis erfolgte in Devisen.

Öffentliche Haushalte

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte hat sich weiter verschärft. Zwar deutet alles darauf hin, daß das Defizit des Föderationshaushalts im Gesamtjahr 1998 unter dem Niveau des Vorjahres zurückblieb, jedoch ist die Glaubwürdigkeit des Staates als Kreditnehmer derart erschüttert, daß bis auf weiteres eine Finanzierung über den heimischen und den internationalen Kapitalmarkt wesentlich erschwert ist. Bleibt die Zentralbank bei ihrem bislang weitgehend eingehaltenen Kurs, die Finanzierungsansprüche der Föderation nicht zu monetarisieren, so stünden die öffentlichen Haushalte erstmalig seit Beginn der Transformation unter einer harten Budgetrestriktion. Damit würde auch der Anpassungsdruck auf die Gesamtwirtschaft deutlich erhöht. Insbesondere könnte die Föderation nicht weiter die Steuerrückstände von Unternehmen tolerieren und es würde letztendlich eine Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen erzwungen. Weicht indes die Zentralbank von ihrem Kurs ab, so werden sich die Erfahrungen der ersten Transformationsjahre wiederholen, und es wird eine Spirale sich beschleunigender Inflation in Gang gesetzt.

Das Defizit des Föderationshaushalts lag 1998 — bei Zugrundelegung der Methodologie des Internationalen Währungsfonds (IWF) — bei 5% des BIP.²² Nach wie vor weichen die so berechneten Werte von den Angaben des russischen Finanzministeriums ab, wonach das Defizit des Föderationshaushalts nur 3,2% des BIP betrug.²³ Hintergrund dieser Differenzen dürfte vor allem die unterschiedliche Behandlung eingegangener Zahlungsverpflichtungen und Forderungen sein. Offenbar bucht das russische Finanzministerium auf der Einnahmenseite auch „Zahlungen“ in Form von Wechseln sowie Privatisierungserlöse, während von Seiten der Föderation eingegangene Zahlungsverpflichtungen nicht berücksichtigt werden.

Der Rückgang der Haushaltseinnahmen konnte auch im Jahr 1998 nicht gestoppt werden. Nach Angaben von Goskomstat lagen die Einnahmen des konsolidierten Haushalts bei nur noch 21,7% des BIP (Januar bis November 1998) und damit noch einmal deutlich unter dem Vorjahresniveau (Tabelle 5).²⁴ Vom Einnahmerückgang war das Gewinnsteueraufkommen besonders stark betroffen; hier wurde offensichtlich nicht einmal nominal der Vorjahreswert erreicht. Damit kommt den indirekten Steuern eine immer größere Bedeutung bei der Haushalts-

finanzierung zu. Jedoch steht hinter dieser Entwicklung keine Revision des Steuerrechts. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich in dem rückläufigen Gewinnsteueraufkommen vor allem die desolante Lage des Unternehmenssektors widerspiegelt. Dieser nutzte auch weiterhin die relativ schwache Durchsetzung des geltenden Steuerrechts und weitete seine Verschuldung gegenüber den öffentlichen Haushalten aus. Ende November übertrafen die Steuerrückstände die Gesamteinnahmen des Föderationshaushalts. Mithin würden die öffentlichen Haushalte bei korrekter Steuerabführung über einen deutlichen Überschuß verfügen. Die vom Finanzministerium bis November auf der Einnahmenseite gebuchten Privatisierungserlöse lagen bei weniger als 0,5% des BIP. Erst mit dem Verkauf von Staatsanteilen der Erdgasgesellschaft Gazprom an die deutsche Ruhrgas AG im Dezember dürften nennenswerte Erlöse an die öffentlichen Haushalte geflossen sein.

Die Defizitbegrenzung kam vor allem durch eine weitere Ausgabenkürzung zustande. Nach Angaben von Goskomstat beliefen sich die Gesamtausgaben im Zeitraum Januar bis November 1998 auf nur noch 25,2% des BIP. Vor dem Hintergrund der bereits über einen längeren Zeitraum anhaltenden Ausgabenreduktionen müssen die immer noch vorhandenen Kürzungsmöglichkeiten überraschen. Jedoch stehen den Ausgaben keine Aufgabekürzungen gegenüber; der Staat kommt vielmehr seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nach. Weder Verantwortlichkeiten noch Machtbereiche des Staates sind klar definiert. Zahlungsrückstände bildet der russische Staat nicht nur gegenüber Inländern, sondern auch gegenüber internationalen Gläubigern. In beiden Fällen versucht er, eine relativ starke Verhandlungsposition aufzubauen.

Bereits bei der Verabschiedung des föderalen Haushalts für 1999 war klar, daß die Kalkulationen auf der Grundlage unrealistischer Rahmendaten vorgenommen worden waren. Zentrale Annahmen bei der Formulierung des Haushaltsansatzes waren eine Jahresinflation von 30% und ein Wechselkurs von 21 Rubel pro US-Dollar.²⁵ In dem Gesetz stehen Einnahmen von 11,7% des BIP Ausgaben von 14,2% gegenüber. Die geplanten Ausgaben für den Schuldendienst übersteigen das angesetzte

²¹ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Wirtschaftliche Wende bedenklich verzögert. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge 315/1998, IWH Forschungsreihe 4/1998.

²² Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 4/1998, S. 24.

²³ Vgl. Bank of Finland: Russian and Baltic Economies — The Week in Review, 19. Februar 1999.

²⁴ Goskomstat hat entgegen der üblichen Praxis keine Werte für das BIP im Zeitraum Januar bis November 1998 veröffentlicht. Der hier zugrundegelegte Wert beruht auf Angaben des Institute for the Economy in Transition: Russian Economy — Trends and Perspectives, Moskau 1999, S. 5.

²⁵ Vgl. RFE-RL vom 23. März 1999.

Tabelle 5

Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992 bis 1998 (%)

	in % der Gesamteinnahmen/-ausgaben							in % des B I P						
	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ²⁾	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ²⁾
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	29,0	29,0	26,1	24,8	23,5	21,7
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	27,0	17,3	15,8	15,0	8,2	9,8	8,0	7,0	4,3	3,7	3,3
Einkommensteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,1	11,6	11,0	2,3	2,6	2,9	2,2	2,5	2,7	2,4
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	9,6	10,3	10,5	1,1	1,0	1,2	1,5	2,4	2,4	2,3
Mehrwertsteuer	37,5	22,5	21,0	22,0	25,8	26,5	23,9	10,5	6,5	6,1	5,7	6,4	6,2	5,2
Zölle etc.	8,8	4,7	10,8	4,6	3,0	1,1	2,2	2,5	1,4	3,1	1,2	0,7	0,3	0,5
Einnahmen														
aus Staatsvermögen	2,0	2,1	0,5	0,5
aus dem Verkauf von Staatsvermögen	1,8	0,6	0,4	0,1
Sonstige Einnahmen	12,2	26,6	26,6	32,3	34,2	30,9	34,7	3,4	7,7	7,7	8,4	8,5	7,3	7,5
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	31,4	33,6	38,5	29,4	28,9	28,6	25,3
Volkswirtschaft	34,5	28,1	27,0	10,8	9,4	10,4
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	7,4	6,0	4,6	2,6	.	.	.	2,2	1,7	1,3	0,7
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	4,2	3,9	3,4	2,3	.	.	.	1,2	1,1	3,4	0,6
Transport, Kommunikation	.	.	.	2,7	.	2,8	2,4	.	.	.	0,8	.	0,8	0,6
Sozial-kulturelle Zwecke	23,2	24,9	23,5	26,0	28,9	34,0	31,4	7,3	8,4	9,0	7,7	8,4	9,7	7,9
Bildung	.	.	.	11,6	3,4	.	.	.
Gesundheit	.	.	.	8,3	2,4	.	.	.
Soziale Sicherung	.	.	.	4,2	1,2	.	.	.
Verteidigung	14,3	12,5	11,9	9,8	9,8	10,2	7,5	4,5	4,2	4,6	2,9	2,8	2,9	1,9
Verwaltung und Rechtsorgane	5,9	7,3	7,9	7,7	.	10,3	9,4	1,8	2,4	3,0	2,3	.	2,9	2,4
Außenwirtschaft	7,0	4,8	2,1	4,4	4,1	.	.	2,2	1,6	0,8	1,3	1,2	.	.
Schuldendienst	.	.	.	5,1	6,6	6,2	15,5	.	.	.	1,5	1,9	1,8	3,9
Umweltschutz	0,5	0,4	0,2	0,1
Sonstige Ausgaben	15,2	22,5	27,5	8,6	40,9	28,0	28,5	4,8	7,6	10,6	2,5	11,8	5,6	7,2
Saldo in % der Ausgaben bzw. des BIP	-10,8	-13,8	-24,5	-11,2	-14,4	-18,0	-14,0	-3,4	-4,6	-9,4	-3,3	-4,2	-5,1	-3,5

¹⁾ Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. — ²⁾ Januar bis November 1998.

Quellen: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/98; Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999; Berechnungen der Institute.

Defizit, was dem vom IWF geforderten Überschuß in der Primärbilanz entspricht. Im übrigen dürften in diesem Gesetz insbesondere die Einnahmen bezogen auf das BIP zu hoch angesetzt worden sein. Zum einen sind erhebliche Veränderungen des Steuerrechts geplant, die allesamt auf eine Senkung der Steuersätze zielen. Derzeit ist zum 1. Juli eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 20 auf 15 % vorgesehen; eine weitere Senkung auf 10 % ist zum 1. Januar 2000 geplant. Der IWF hat sich deutlich gegen eine Senkung der Mehrwertsteuersätze ausgesprochen. Auch der Gewinnsteuersatz soll um 5 Prozentpunkte gesenkt werden. Zwar wurden diese Veränderungen bereits in dem Haushaltsansatz berücksichtigt, jedoch ist zu befürchten, daß sich die Erwartungen auf eine Steigerung der Steuermoral und der Wirtschaftsaktivitäten und damit auch der Steuereinnahmen nicht erfüllen werden. Zum anderen sind bei einer wieder ansteigenden Inflation reale Einnahmerückgänge zu erwarten; insbesondere die zeitverzögert an das Budget fließende Mehrwertsteuer, die derzeit die wichtigste Einnahmequelle darstellt, ist sehr anfällig für eine inflationsbedingte Entwertung.

Das im Haushaltsgesetz kalkulierte Defizit von 2,5 % des BIP soll teilweise durch internationale Kredite, teilweise über den heimischen Finanzmarkt finanziert werden. Sowohl auf dem internationalen als auch auf dem heimischen Finanzmarkt ist die Reputation des russischen Staates gegenwärtig jedoch stark beschädigt. Vor diesem Hintergrund wächst der Druck auf die russische Zentralbank, die Finanzierungsansprüche der Föderation zu monetarisieren.

Als Folge der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Handlungsfähigkeit der Geldpolitik erheblich eingeschränkt worden. Zwar bedeutet die Aufgabe des Wechselkursziels, daß die Zentralbank einen zusätzlichen Freiheitsgrad gewonnen hat. Angesichts eines Bankensystems, das faktisch insolvent ist,²⁶ wird eine marktgerechte Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld jedoch erschwert.

Die Geldmengenexpansion verlief in der Zeit seit Ausbruch der Währungskrise vergleichsweise moderat (Tabelle 6). Alle Geldmengenaggregate stiegen zwar in der zweiten Jahreshälfte 1998 deutlich stärker als noch in der ersten, wobei der Anstieg der inländischen Aktiva der Zentralbank gerade in den Monaten September und Oktober besonders deutlich ausfiel. Danach war jedoch ein rückläufiger Trend zu beobachten. Ein dämpfender Einfluß ging dabei von der Abnahme der Währungsreserven der Zentralbank aus. Die Bruttoreserven der Bank lagen Ende März 1999 bei nur 10,9 Milliarden US-Dollar und damit bei weniger als der Hälfte des Höchststandes von Mitte

²⁶ An dieser Feststellung ändert auch die Tatsache nichts, daß kleinere regionale Banken von der Krise weniger stark betroffen waren und daß die staatliche Sberbank für das Jahr 1998 einen Gewinn ausweist; vgl. RFE-RL vom 11. März 1999. Es ist unwahrscheinlich, daß staatliche Wertpapiere im Bestand der Sberbank wertberichtigt wurden. Zudem sind vermutlich hohe Zinszahlungen auf GKO in der ersten Jahreshälfte 1998 für das positive Ergebnis verantwortlich.

Tabelle 6

Geldmengen- und Kreditaggregate 1992 bis 1998
Veränderung gegenüber dem Ende der Vorperiode in %

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ¹⁾		1998 ¹⁾
	2. Hj.						1. Hj.	2. Hj.	
Bargeld	267	691	169	126	29	26	-1	36	31
Geldbasis	.	648	186	118	26	27	-1	22	21
M2 (Rubel)	290	409	200	126	34	28	-2	9	7
M2 ²⁾	.	.	217	113	30	30	-4	29	21
Bankkredite ³⁾	.	448	241	61	16	44	11	37	49
Nettowährungsreserven ⁴⁾	428	112	-64	238	-78	118	-59	.	-270
Inländische Aktiva der Zentralbank	331	787	412	71	61	16	9	61	69
<i>Nachrichtlich:</i>									
Erzeugerpreise	285	895	233	175	26	8	1	23	23
Verbraucherpreise	213	840	215	131	22	11	4	77	84

¹⁾ Werte für das zweite Halbjahr bzw. das Gesamtjahr bis November 1998, gerechnet auf Jahresbasis (mit Ausnahme der Angaben für die Geldbasis). — ²⁾ Einschließlich Konten in ausländischer Währung. — ³⁾ Kredite des Bankensystems an Unternehmen und Haushalte. — ⁴⁾ In US-Dollar.

Quellen: Russian Economic Trends, Monthly Update, März 1999; Berechnungen der Institute.

1997.²⁷ Die Nettoreserven waren seit Ausbruch der Währungskrise negativ. Gemessen am Erzeugerpreisindex blieb die reale Geldbasis im Jahr 1998 in etwa konstant, gemessen am Verbraucherpreisindex nahm sie deutlich ab. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1999 verlief die Geldmengenexpansion mit Wachstumsraten der Geldbasis von 1 bis 2 % pro Monat äußerst langsam.

Insgesamt verschob sich im Jahr 1998 die Struktur der Aktiva der Zentralbank weiter hin zu Forderungen gegenüber der Regierung. Da es der Zentralbank nach wie vor offiziell verboten ist, den Staatshaushalt direkt zu finanzieren, reflektiert der Anstieg dieser Forderungen in erster Linie Käufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt. Stärker als zuvor hat die Zentralbank aber auch wieder Kredite an den Geschäftsbankensektor vergeben, wenngleich diese Kredite nur einen geringen Anteil an den Gesamtkrediten ausmachen. Bei einem Teil der Kredite an die Banken handelt es sich um für maximal ein Jahr gewährte sogenannte Stabilisierungskredite. Genauere Angaben über Umfang, Empfänger und Konditionen dieser Kredite liegen nicht vor. Zum Teil, beispielsweise bei der Promstroibank, sind offenbar Eigenkapitalanteile als Sicherheiten für die Kredite gestellt worden, so daß sich die Zentralbank de facto an Geschäftsbanken beteiligt hat.

Hinsichtlich des Wachstums der weiter gefaßten Geldmenge M2 ergibt sich ein differenziertes Bild. Wird nur die Rubelgeldmenge betrachtet, lag der Anstieg von M2 im Jahr 1998 bei 7%. Bei Einbeziehung der Konten in ausländischer Währung ergibt sich ein Anstieg in Höhe von 21%, der in erster Linie einen Bewertungseffekt reflektieren dürfte. Insgesamt entsprach damit das Wachstum von M2 dem der Geldbasis. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich allerdings relativ starke Schwankungen des Geldmultiplikators, der in unmittelbarer Folge der Währungskrise zunahm, im vierten Quartal 1998 allerdings wieder abnahm. Entsprechende Veränderungen sowohl in der Reservehaltung der Geschäftsbanken als auch in der Bargeldhaltung des Nichtbankensektors stehen hinter dieser Entwicklung.

Auffallend ist die starke Zunahme der Kredite des Bankensystems in der zweiten im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1998. Hinter diesem Anstieg steht jedoch nicht eine verstärkte Vergabe von Neukrediten, sondern ein Neubewertungseffekt. Vor Ausbruch der Währungskrise waren rund 45% der inländischen Kredite in ausländischer Währung denominated.²⁸ Allein der durch die Rubelabwertung entstandene Neubewertungsbedarf hätte deutlich über der nominalen Zunahme des Kreditvolumens gelegen. Dabei dürfte ein großer Teil gerade der in ausländischer Währung vergebenen Kredite im Zuge der Abwertung notleidend geworden sein. Die daraus resultierenden Wertberichtigungen sind offenbar in den Bilanzen noch nicht vorgenommen worden.

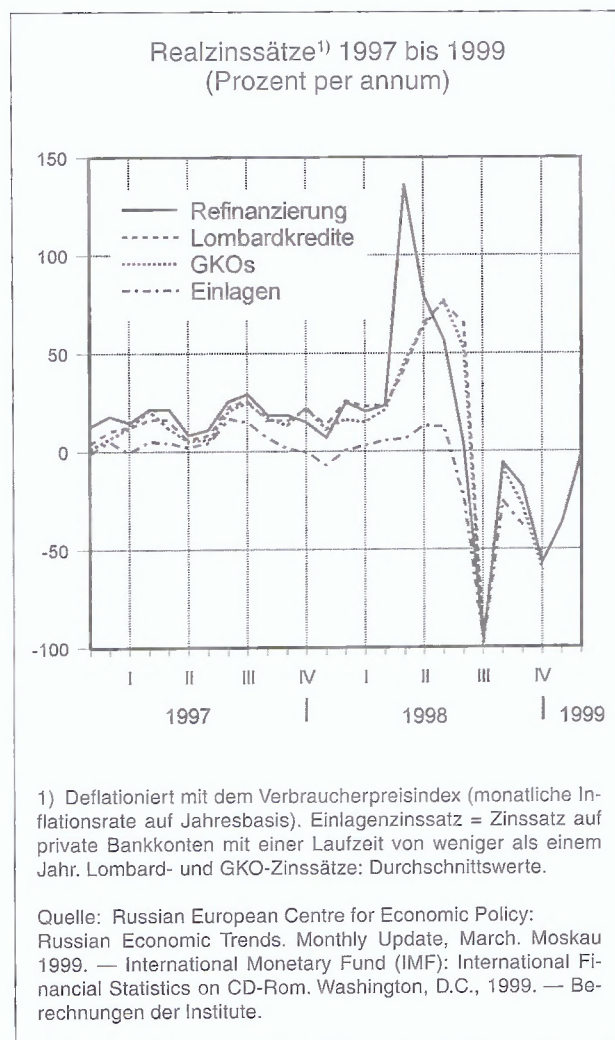
Hinsichtlich der geldpolitischen Instrumente der Zentralbank hat eine deutliche Verschiebung weg von markt-

orientierten und hin zu administrativen Instrumenten stattgefunden. Seit Mitte 1998 gilt ein unveränderter Refinanzierungszinssatz von 60% per annum; angesichts der infolge der Abwertung deutlich gestiegenen Verbraucherpreise lag dieser Zinssatz allerdings in der zweiten Jahreshälfte real im negativen Bereich (Abbildung 1). Folglich mußte die Zentralbank zu mengenmäßigen Zuteilungsverfahren greifen. Über die Lombardfazilität wurden in den Monaten Oktober und November, für die offizielle Angaben vorliegen, keine Kredite mehr ausgereicht. Für die Liquiditätssteuerung des Bankensystems wird derzeit neben den Stabilisierungskrediten die Mindestreservepolitik eingesetzt.²⁹ Nachdem die Reservesätze

²⁷ Vgl. RFE-RL vom 2. April 1999.

²⁸ Central Bank of the Russian Federation: Bulletin of Banking Statistics, Nr. 8/1998.

²⁹ Offenbar bietet die Zentralbank auch verzinste Einlagen an. Einzelheiten hierzu sowie über die Struktur der Reserven der Geschäftsbanken waren allerdings nicht verfügbar; vgl. Central Bank of the Russian Federation: Monetary Policy Measures. <http://www.cbr.ru/eng/dp/policy.html> (17. März 1999).



Ende August 1998 bereits von 8 bis 11 % auf 5 bis 7,5 % gesenkt worden waren, gilt seit Dezember ein einheitlicher Satz von 5 %.³⁰ Mitte März wurde der Reservesatz auf Firmenkonten wieder auf 7 % angehoben.³¹ Der Spielraum für zukünftige geldpolitische Entscheidungen hängt in erheblichem Maße von den Fortschritten bei der Rekapitalisierung und Restrukturierung des Bankensektors ab. Gleichwohl sind in diesem Bereich bislang kaum Fortschritte gemacht worden. Es gibt vielmehr Hinweise darauf, daß die Banken noch verbliebene Vermögenswerte vor dem Zugriff ihrer Gläubiger in Sicherheit gebracht haben bzw. weiter bringen. Nach der Vorlage eines Plans der Zentralbank zur Sanierung des Bankensystems vom November 1998³² wurde zwar Anfang 1999 eine Agentur zur Sanierung des Bankensystems (ARKO) gegründet.³³ Allerdings wurde sie nur mit einem geringen Eigenkapital ausgestattet, das selbst nach konservativen Schätzungen nur einen Teil der Sanierungskosten des Bankensystems decken würde.³⁴ Weitere Mittel zur Bankensanierung sind im laufenden Staatshaushalt nicht eingeplant. Zudem herrscht Unklarheit über die Aufgaben, Struktur und Kompetenzen der Agentur, und das Programm zur Bankensanierung hat bisher keine gesetzliche Grundlage erhalten. Somit wird die Agentur nach derzeitigem Stand keine bedeutende Rolle bei der Sanierung des Bankensystems übernehmen.

Als ein positives Element könnte gewertet werden, daß ein seit Monaten vorliegender Gesetzentwurf zur Regelung von Insolvenzen im Bankensektor Anfang März 1999 in Kraft getreten ist (vgl. Abschnitt Ordnungspolitik). Damit steht jetzt ein Verfahren für die Abwicklung von Bankinsolvenzen zur Verfügung. Ob die Verabschiedung des Gesetzes allerdings tatsächlich zu einer verstärkten Anwendung von Insolvenzverfahren führt und ineffiziente Banken geschlossen werden, ist letztlich eine Frage des politischen Willens. In den Monaten seit Ausbruch der Krise jedenfalls hat die Zentralbank im Schnitt weniger Banken die Lizenz entzogen als in der ersten Hälfte des Jahres 1998.³⁵

Sowohl die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte als auch die ungelösten Probleme im Bankensystem erhöhen den Druck auf die Zentralbank, die Geldemission auszuweiten und die staatlichen Verbindlichkeiten zu monetarisieren. Eine Änderung des Zentralbankgesetzes, das die Unabhängigkeit der Bank und insbesondere die Autonomie über die Zinspolitik beschneiden würde, wird derzeit in der Duma diskutiert.³⁶ Die Glaubwürdigkeit der Zentralbank wurde zudem durch im Februar 1999 bekanntgewordene Finanztransaktionen erheblich beschädigt. Demnach hat die Zentralbank in den vergangenen Jahren ihre Währungsreserven von einer offshore-Bank verwalten lassen, die sich offenbar teilweise im Besitz russischer Unternehmen befand.³⁷ Der Vorwurf lautet, daß sich die Korruption auch auf die Zentralbank erstreckt.

Das geldpolitische Ziel der Zentralbank für das Jahr 1999 sieht eine Ausweitung der Geldmenge um 18 bis

26 % vor.³⁸ Dies würde jedoch einen erheblichen Rückgang des Geldmengenwachstums gegenüber dem zweiten Halbjahr 1998 bedeuten. Würde das Geldangebot, nicht zuletzt auf Grund zunehmenden politischen Drucks, dem in der zweiten Jahreshälfte 1998 zu beobachtenden Trend weiter folgen, so wäre eine Expansion der Geldmenge in einer Größenordnung von 50 bis 60 % wahrscheinlicher. Bei einem weiteren Rückgang des BIP und einer möglicherweise leichten Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würde damit die Inflationsrate im Jahr 1999 etwa 60 bis 70 % erreichen. Hinsichtlich der Entwicklung und Messung der Inflation sind die zunehmenden Preiskontrollen als ein erheblicher Unsicherheitsfaktor zu nennen, dessen makroökonomische Auswirkungen nicht zu quantifizieren sind.

Seit der Aufgabe des Wechselkursziels zum US-Dollar im August 1998 hat der Rubel in Schüben abgewertet. Trotz vorübergehender Stabilisierungsphasen im September und Oktober 1998 bzw. zu Jahresanfang 1999 verlor der Rubel insgesamt gut drei Viertel seines Werts vor der Krise. Ein US-Dollar kostete Ende März 1999 vorübergehend bereits mehr als 27 Rubel; Mitte 1998 waren es noch gut 6 Rubel gewesen. Begleitet wurde die nominale von einer realen Abwertung, die insgesamt ein ähnliches Ausmaß erreichte (Abbildung 2). Nach einer langen Phase von Mitte 1995 bis Mitte 1998, in der realer und nominaler Wechselkurs vergleichsweise stabil gehalten wurden, war damit die Anfang 1995 erfolgte reale Aufwertung erstmals wieder mehr als kompensiert worden. Die erhebliche reale Abwertung hat sich in erster Linie auf die Importe ausgewirkt, die in den letzten vier Monaten des Jahres 1998, bei weiter rückläufigen Exporten, weniger als die Hälfte des Wertes im entsprechenden Vorjahreszeitraum erreichten (vgl. Abschnitt Außenwirtschaft).

³⁰ Vgl. <http://www.cbr.ru>.

³¹ Vgl. Bank of Finland, a.a.O., 26. März 1999.

³² Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands – Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51–52/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 330–331/1998, IWH Forschungsreihe 10/1998.

³³ Vgl. Bank of Finland, a.a.O., 4. Dezember 1998.

³⁴ Das Eigenkapital von ARKO beträgt 10 Milliarden Rubel; die Kosten der Bankensanierung werden von russischen Quellen mit rund 100 bis 140 Milliarden Rubel beziffert; vgl. Russian Economic Trends, Nr. 4/1998, sowie Bank of Finland, a.a.O., 26. März 1999. Allein die Zinskosten einer Rekapitalisierung der russischen Banken dürften allerdings eher bei 200 Milliarden Rubel liegen. Zu Einzelheiten der Berechnung: vgl. C. Buch und R. Heinrich: Handling Banking Crises — The Case of Russia. Institut für Weltwirtschaft. Kiel 1999.

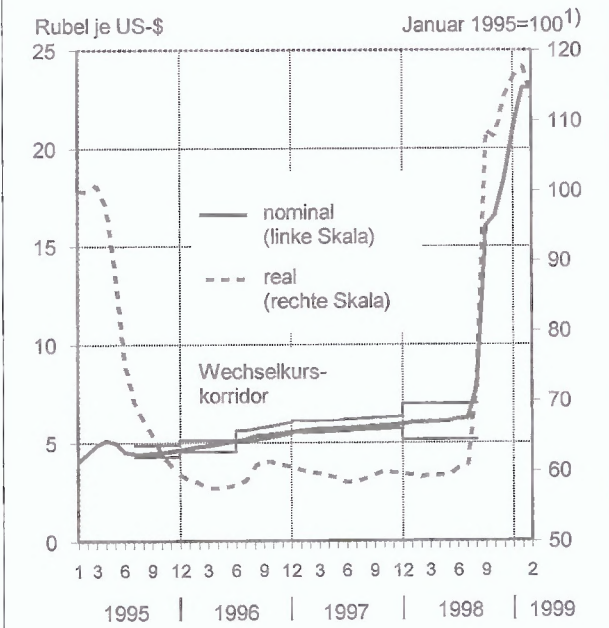
³⁵ Waren es in den ersten sechs Monaten von 1998 noch durchschnittlich 21 Lizenzentzüge pro Monat, fiel dieser Wert auf gut 14 im Zeitraum Juli 1998 bis Januar 1999; vgl. <http://www.cbr.ru>.

³⁶ Vgl. Russian Economic Trends, a.a.O.

³⁷ Vgl. Bank of Finland: Russian Economy — The Month in Review, Februar 1999.

³⁸ Central Bank of the Russian Federation: Balance of Payments of the Russian Federation. http://www.cbr.ru/end/dp/P_balance97.htm (1. März 1999).

Wechselkurs¹⁾ des Rubel zum US-Dollar
1995 bis 1999
(Prozent per annum)



1) Realer Wechselkurs (Index, Januar 1995 = 100) berechnet auf Grundlage der Verbraucherpreise. Ein Anstieg entspricht einer realen Abwertung der russischen Währung.

Quelle: Russian European Centre for Economic Policy. Russian Economic Trends. Monthly Update, March. Moskau 1999. — International Monetary Fund (IMF): International Financial Statistics on CD-Rom. Washington, D.C., 1999. — Berechnungen der Institute.

Für das Jahr 1999 will die Zentralbank keine Wechselkursbindung vornehmen.³⁹ Dies steht im Gegensatz zu den Plänen der Regierung, die in ihrem Haushaltsentwurf einen Kurs angenommen hat, der bereits jetzt deutlich unterhalb des Marktkurses liegt. Nach den Plänen der Zentralbank sollen Eingriffe in die Kursbildung marktgerecht erfolgen; nur in Ausnahmefällen soll auf administrative Maßnahmen zurückgegriffen werden, und die Bildung eines Schwarzmarktes soll verhindert werden. In den ersten Monaten des laufenden Jahres ist die Kursentwicklung vergleichsweise moderat verlaufen. Dies dürfte in nicht unerheblichem Maße auf die nach der Währungskrise verschärften und nach wie vor bestehenden Beschränkungen der Konvertibilität des Rubel zurückzuführen sein,⁴⁰ die zu Beginn des Jahres weiter verstärkt wurden (vgl. Abschnitt Ordnungspolitik).⁴¹ Insgesamt wird der Erfolg der Wechselkurspolitik daran zu messen sein, ob eine erneute Fehlbewertung des Rubels verhindert und eine marktgerechte Kursbildung ermöglicht wird.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz wurde im Jahr 1998 entscheidend von den Auswirkungen der Währungskrise vom August geprägt. Vorausgegangen waren der Krise ein stetig abnehmender Exportüberschuß sowie rückläufige Kapitalzuflüsse, die einen Vertrauensschwund in- und ausländischer Anleger reflektieren.⁴² Im Bereich des Außenhandels kehrte sich dieser negative Trend nach der Krise um; in dem Zeitraum September bis Dezember 1998 lag der Außenhandelsüberschuß mit 12,3 Milliarden US-Dollar fast dreimal so hoch wie in der entsprechenden Periode des Vorjahres (4,4 Milliarden US-Dollar).⁴³ Allerdings ist diese Verbesserung der Handelsbilanz ausschließlich auf eine Abnahme der Importe, und dabei nicht zuletzt auf die verringerte Einfuhr von Lebensmitteln,⁴⁴ zurückzuführen. Der in US-Dollar gemessene Exportwert sank um knapp ein Viertel. Dabei stiegen die Mengen des exportierten Rohöls und Erdgases; dies wurde jedoch durch den Rückgang der Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas um rund 30 bis 40 % in dem entsprechenden Zeitraum überkompensiert.

Im Bereich des Kapitalverkehrs hat sich der bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1998 zu beobachtende negative Trend im dritten Quartal beschleunigt fortgesetzt (Tabelle 7).⁴⁵ Entscheidend hierfür war ein Umschwung bei dem Portfoliakapital; im dritten Quartal kam es sogar zu Kapitalabflüssen kam. Im Bereich der Direktinvestitionen wurden zwar noch weitere Zuflüsse registriert, diese lagen aber insgesamt deutlich unter den Werten des Vorjahres. Positiv auf den Saldo der Kapitalverkehrsbilanz hat sich die Tatsache ausgewirkt, daß in der ersten Hälfte des Jahres ein Teil der Bardevisenbestände des privaten

³⁹ Vgl. Central Bank of the Russian Federation: The Objectives, Tasks and Instruments of the Exchange Rate Policy, 17. März 1999.

⁴⁰ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik. DIW et al., a.a.O.

⁴¹ Neben einer Erhöhung der Umtauschquote für Exporterlöse dürfen beispielsweise seit Ende März Privatpersonen nur maximal 5 000 US-Dollar in bar ausführen; vgl. RFE-RL vom 30. März 1999. Zudem wurde der Zugang ausländischer Banken zu ihren Korrespondenzkonten sowie die Teilnahme russischer Banken an dem offiziellen Devisenmarkt beschränkt; vgl. RFE-RL vom 13. April 1999.

⁴² Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik, a.a.O.

⁴³ Dieser Trend setzte sich nach vorläufigen Angaben im ersten Quartal 1999 fort (Überschuß 5,8 Milliarden US-Dollar). Vgl. Russian Economic Trends, Monthly Update, März 1999, sowie Reuters vom 5. Mai 1999.

⁴⁴ Die Vereinigten Staaten, das viertgrößte Lieferland für Rußland im Jahr 1997, verzeichneten beispielsweise in den letzten vier Monaten 1998 im Vorjahresvergleich einen Rückgang bei der Ausfuhr von Agrarprodukten um etwa 80 %.

⁴⁵ Für das Gesamtjahr 1998 lagen bei Abschluß des Berichts noch keine vollständigen Angaben vor.

Tabelle 7

Zahlungsbilanz¹⁾ 1995 bis 1998

Mrd. US-Dollar

	1995	1996	1997	1997					1998			
				I	II	III	I-III	IV	I	II	III	I-III
Saldo der Handelsbilanz	20,8	23,1	17,6	6,0	3,6	3,5	13,1	4,4	1,2	1,1	4,4	6,6
Exporte	82,7	90,6	88,9	21,2	20,7	21,7	63,6	25,4	18,5	18,2	17,8	54,5
Importe	-61,9	-67,5	-71,3	-15,1	-17,0	-18,3	-50,4	-21,0	-17,3	-17,1	-13,5	-47,9
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-9,5	-5,9	-5,2	-1,0	-1,1	-1,4	-3,5	-1,5	-1,1	-1,4	-0,7	-3,3
Export	10,5	13,0	13,9	2,9	3,4	4,3	10,6	3,5	2,9	3,3	3,7	9,9
Importe	-20,1	-18,8	-19,1	-3,9	-4,6	-5,7	-14,2	-5,0	-4,0	-4,7	-4,4	-13,2
Faktoreinkommen	-3,4	-5,3	-8,5	-1,0	-2,4	-2,7	-6,1	-2,4	-1,3	-3,8	-3,4	-8,4
Arbeitsinkommen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3
Kapitalerträge	-3,1	-4,9	-8,2	-0,9	-2,3	-2,6	-5,8	-2,3	-1,2	-3,7	-3,3	-8,1
Erhaltene Kapitalerträge	4,1	4,2	4,0	2,4	0,6	0,6	3,6	0,5	2,4	0,7	0,5	3,7
Gezahlte Kapitalerträge	-7,2	-9,2	-12,2	-3,3	-2,9	-3,2	-9,4	-2,8	-3,7	-4,5	-3,8	-11,8
Laufende Transfers	0,1	0,2	-0,6	0,0	-0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-0,4	-0,1	0,0	-0,6
Saldo der Leistungsbilanz	8,0	12,1	3,3	4,0	0,0	-0,9	3,1	0,4	-1,6	-4,2	0,2	-5,6
Kapitaltransfers	-0,3	-0,5	-0,8	-0,1	-0,3	-0,2	-0,6	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,4
Saldo der Direktinvestitionen	1,7	1,7	3,6	-0,1	1,0	1,4	2,3	1,4	0,3	0,1	0,3	0,7
Direktinvestitionen im Ausland	-0,3	-0,8	-2,6	-0,6	-0,6	-0,7	-1,9	-0,7	-0,4	-0,4	-0,1	-0,8
Direktinvestitionen in Rußland	2,0	2,5	6,2	0,5	1,6	2,0	4,1	2,1	0,7	0,5	0,4	1,5
Saldo der Portfolioinvestitionen	-1,6	9,7	45,4	6,1	8,0	1,9	16,0	29,4	3,5	3,9	-0,4	7,0
Forderungen	-1,7	-0,2	-0,2	0,2	0,0	-0,3	-0,1	0,0	-0,1	-0,5	0,4	-0,3
Verbindlichkeiten	0,1	9,9	45,6	5,9	8,1	2,2	16,2	29,4	3,6	4,4	-0,7	7,3
Sonstige Kapitalbewegungen	-11,9	-35,6	-18,5	-7,1	-0,7	-3,6	-11,4	-6,9	-1,4	0,8	-3,2	-3,8
Forderungen	5,0	-29,3	-26,9	1,2	-6,3	-10,0	-15,1	-11,6	-3,6	-2,1	-4,8	-10,5
Veränderung der Bargeldbestände	0,0	-8,9	-13,7	-2,7	-1,3	-3,7	-7,7	-5,8	0,4	1,5	-1,1	0,8
Lfd. Konten und Depositen	4,3	-1,0	1,0	1,4	-0,7	-1,0	-0,3	1,3	1,6	0,5	-0,1	2,0
Handels- und andere Kredite	16,6	0,0	0,2	3,2	1,5	-1,3	3,4	-3,2	1,8	0,4	-0,5	1,7
Überfällige Zahlungen	-10,6	-9,5	-3,0	1,8	-2,7	-1,0	-1,9	-1,1	-3,7	-2,8	-0,5	-7,0
Nicht eingegangene Exporterlöse	-4,9	-9,8	-11,5	-2,8	-3,0	-2,8	-8,6	-2,8	-3,3	-1,7	-2,5	-7,4
Sonstige Forderungen	-0,6	-0,1	0,1	0,3	-0,1	-0,2	0,0	0,1	-0,2	-0,1	-0,3	-0,6
Verbindlichkeiten	-16,9	-6,3	8,4	-8,3	5,6	6,4	3,7	4,7	2,2	2,9	1,6	6,7
Veränderung der Bargeldbestände	0,4	-0,2	0,0	-0,1	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Lfd. Konten und Depositen	2,5	1,5	-4,7	-7,4	0,5	0,9	-6,0	1,3	-1,0	0,4	-1,5	-2,1
Handels- und andere Kredite	-20,7	-8,5	12,6	-0,3	4,7	4,7	9,1	3,5	3,4	1,8	3,2	8,3
Sonstige Verbindlichkeiten	0,9	0,9	0,5	-0,5	0,3	0,7	0,5	0,0	-0,3	0,6	-0,2	0,2
Korrekturposten	1,1	-1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo der Kapitalverkehrs-bilanz	-11,8	-25,7	30,5	-1,1	8,3	-0,3	6,9	23,8	2,4	5,0	-3,3	4,1
Statistisch nicht auf-gliederbare												
Transaktionen	-8,0	-8,1	-7,1	-2,4	-1,0	-1,2	-4,6	-2,5	-2,2	-1,4	-1,7	-5,3
Zahlungsbilanz	-12,1	-22,2	25,9	0,3	7,0	-2,7	4,6	21,4	-1,5	-1,0	-4,9	-7,4
Finanzierungssaldo	12,1	22,2	-25,9	-0,3	-7,0	2,7	-4,6	-21,4	1,5	1,0	4,9	7,4
Reserveaktiva	-10,4	2,8	-1,9	-1,3	-8,0	1,6	-7,7	5,8	0,9	0,7	3,5	5,1
IMF, Weltbank, bilaterale Institutionen	8,1	7,9	7,5	1,3	2,3	1,6	5,2	2,4	1,2	.	.	.
Sonderfinanzierung	14,4	11,5	-31,5	-0,1	-1,1	-0,5	-1,7	-29,6	-0,4	0,2	.	.
Umschuldungen (netto)	12,1	8,4	3,1	1,3	0,4	0,8	2,5	0,6
Überfällige Zahlungen (netto)	1,1	2,7	-24,0	1,0	1,1	1,1	3,2	-27,2	0,6	0,3	2,3	3,2
Kredite an GUS-Staaten	0,3	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2	0,0

¹⁾ Abweichungen der Summen durch Rundungsfehler.Quellen: Central Bank of the Russian Federation (CBR): Bulletin of Banking Statistics, Nr. 8/1998; Balance of Payments of the Russian Federation. <http://www.cbr.ru>, März 1999; Berechnungen der Institute.

Sektors⁴⁶ abgebaut worden war. In Folge der Krise wurden zwar die Devisenbestände im dritten Quartal wieder aufgestockt, insgesamt war jedoch eine Abnahme der privaten Devisenbestände zu verzeichnen, während es 1997 noch eine relativ starke Zunahme gegeben hatte.

Bezüglich der Auswirkungen der Krise auf die Gewährung von Krediten aus dem Ausland liefern russische und internationale Statistiken zum Teil widersprüchliche Angaben. Der russischen Statistik zufolge lag der Zufluß an Krediten aus dem Ausland im dritten Quartal 1998 bei 3,2 Milliarden US-Dollar nach 1,8 Milliarden im Vorquartal. Die Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich weist hingegen einen Rückgang der Forderungen ausländischer Banken gegenüber Rußland in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar von Ende Juni bis Ende September 1998 aus. Ein Grund für diese Diskrepanz könnte darin liegen, daß die ausländischen Gläubiger in erheblichem Umfang Wertberichtigungen in ihren Bilanzen vorgenommen haben,⁴⁷ gleichzeitig jedoch nicht ihre Forderungen gegenüber Rußland aufgegeben haben.

Auf eine Zunahme der Kapitalflucht deutet ein leichter Anstieg des Werts der statistisch nichtaufgliederbaren Transaktionen hin. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Kapitalflucht bereits vor der Krise ein hohes Niveau erreicht hatte. Zudem sind Maßnahmen wie eine Ablieferungspflicht für Exporterlöse, die die Anreize zur Kapitalflucht zusätzlich erhöht haben dürften, erst im Oktober 1998 in Kraft getreten (vgl. Abschnitt Ordnungspolitik).

Durch Änderungen der Zolltarife hat die Regierung versucht, ihre Einnahmensituation zu verbessern. Mit Wirkung vom 1. März 1999 wurde ein fünfprozentiger Zoll auf Exporte von Metallprodukten eingeführt.⁴⁸ Gleichzeitig wurde ein im Januar eingeführter Exportzoll auf Ölausfuhren (vgl. Abschnitt Ordnungspolitik) im März 1999 vorübergehend wieder ausgesetzt, da der Weltmarktpreis für Rohöl unter die Marke von 9,80 US-Dollar pro Barrel Öl gefallen war. Ein entsprechender Zoll auf Gasexporte wurde ganz abgeschafft. Um einen weiteren Rückgang des Ölpreises zu verhindern, war zusätzlich eine Einschränkung der Ölexporte geplant, die einem entsprechenden OPEC-Beschluß folgt.⁴⁹ Im Zuge des jüngsten Ölpreisanstiegs kam es wieder zu einer Anhebung des Exportzollsatzes.

Ende Februar wurden ferner zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten Eckpunkte eines Abkommens über russische Stahllexporte festgelegt, die die Einleitung von Antidumpingmaßnahmen gegenüber Rußland verhindern sollen.⁵⁰ Demnach werden Quoten sowie Mindestpreise für russische Stahllexporte in die USA festgelegt. Für das Jahr 1999 wären damit Stahllexporte in Höhe von 0,75 Millionen Tonnen bzw. 80 % weniger als in 1998 vorgesehen.⁵² Insgesamt machen Exporte von Stahlprodukten rund 8 % der russischen Ausfuhren aus.⁵² Von russischer Seite wurde das Abkommen jedoch offenbar bis-

lang noch nicht endgültig angenommen. Gleichwohl bleibt der Regierung kaum eine Alternative zur Annahme des Angebots. Die sonst vorgesehenen Strafzölle in Höhe von 70 bis über 200 % würden einem faktischen Ausschluß vom US-Markt gleichkommen.⁵³

Ein zentraler Aspekt der außenwirtschaftlichen Beziehungen Rußlands ist die Regelung des Schuldendienstes gegenüber ausländischen Gläubigern. Insgesamt werden auf Seiten des Staates im Jahr 1999 Zins- und Tilgungszahlungen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar fällig.⁵⁵ Davon entfallen 3 Milliarden US-Dollar auf Altschulden aus sowjetischer Zeit gegenüber dem Pariser Club, rund 1 Milliarde auf Schulden gegenüber dem Londoner Club der privaten Gläubiger, 4,4 Milliarden auf Kredite des IWF und 1,6 Milliarden US-Dollar auf Eurobonds. Hinzu kommen Zahlungen auf von Ausländern gehaltene Rubelanleihen (u. a. GKO) und fällig werdende Verbindlichkeiten privater russischer Schuldner in Höhe von rund 20 Milliarden US-Dollar.

Bereits im Dezember 1998 ist die staatliche Vneshekonombank, die Hauptschuldnerin der zu sowjetischer Zeit vergebenen Kredite, Zinszahlungen in Höhe von 362 Millionen US-Dollar an die Gläubiger des Londoner Clubs nicht nachgekommen. Als Folge dieses Zahlungsverzugs wurde die Bonität Rußlands Anfang 1999 erneut herabgestuft. Auch der Schuldendienst auf Forderungen des Pariser Clubs wurde in den vergangenen Monaten nicht pünktlich und vollständig geleistet. Im Gegensatz zu den Verbindlichkeiten gegenüber dem Pariser und Londoner

⁴⁶ Diese Angaben umfassen u. a. die Devisenbestände der Unternehmen und Banken und sind daher nicht mit den Statistiken über die Devisenersparnisse der privaten Haushalte vergleichbar.

⁴⁷ Vgl. Bank for International Settlements (BIS): International Banking and Financial Market Developments, März 1999.

⁴⁸ Vgl. Bank of Finland: Russian and Baltic Economies — The Week in Review, 12. März 1999.

⁴⁹ Vgl. RFE-RL vom 22. März 1999.

⁵⁰ Vgl. Bank of Finland: Russian and Baltic Economies — The Week in Review, 5. März 1999.

⁵¹ Diese Informationen wurden einer Pressemitteilung der amerikanischen Stahlproduzenten vom 23. Februar 1999 entnommen.

⁵² Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 4/1998.

⁵³ Das US-Handelsministerium hat bei Rußland von den erwähnten hohen Strafzöllen bislang abgesehen, um die russische Stahlindustrie in diesen Krisenzeiten nicht übermäßig zu belasten. Zwar wird auch eine Reduzierung der Exporte zu Anpassungsschwierigkeiten führen, aber über Quoten und Mindestpreise wird die Industrie in die Lage versetzt werden, Quotenrenten abzuschöpfen. Die Höhe der Renten ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem russischen Exportpreis und dem vorgeschriebenen Mindestverkaufspreis in den USA; vgl. Notice of Preliminary Determination of Sales at Less than Fair Value: Hot-Rolled Carbon-Quality Steel Products from the Russian Federation. Government Printing Office, Washington, DC., 1999. Federal Register, Nr. 37/1999, S. 1312–1319.

⁵⁴ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik, a.a.O.

Club sind die Eurobonds der Regierung bislang fristgerecht bedient worden. Zu einem ersten Zahlungsausfall auf Eurobonds kam es allerdings Ende Januar bei der privaten Uneximbank.

Ein umfassendes Umschuldungsabkommen ist bisher nicht erreicht worden. Gleichwohl wurden im Staatshaushalt für das laufende Jahr lediglich Zins- und Tilgungszahlungen in Höhe von 9 Milliarden US-Dollar und zudem neue Mittelzuflüsse von 7 Milliarden US-Dollar eingeplant. Bezüglich der Forderungen des Pariser Clubs gibt es Hinweise darauf, daß die ausländischen Gläubiger, insbesondere der Hauptgläubiger Deutschland, einer generellen Schuldenstreichung nicht zustimmen. Es gibt aber wohl eine gewisse Bereitschaft, eine (teilweise) Bedienung der Schulden durch Warenlieferungen zu akzeptieren.⁵⁵ Von russischer Seite ist ferner vorgeschlagen worden, russische Auslandsschulden mit Forderungen Rußlands gegenüber Entwicklungsländern aus sowjetischer Zeit zu verrechnen. Diese Forderungen sind allerdings faktisch wertlos.

Erhebliche Verzögerungen hat es bei den Verhandlungen über die Behandlung der GKO gegeben, von denen knapp die Hälfte von Ausländern gehalten werden. Ende 1998 hatte die russische Regierung ein Angebot vorgelegt, demzufolge 70 % des Nominalwerts der Schulden in Anleihen mit variabler Verzinsung und einer Laufzeit von 4 bis 5 Jahren und 20 % in dreijährige Nullkuponanleihen umgetauscht werden sollen.⁵⁶ Lediglich 10 % sollen demnach in bar ausgezahlt werden.⁵⁷ Ausländische Gläubiger können die Nullkuponanleihen in Aktien bestimmter russischer Großunternehmen eintauschen. Die russische Regierung hat den Gläubigern eine Frist gesetzt, bis zu der sie das Angebot annehmen können. Bis dahin nicht umgetauschte GKO-Bestände sollen für fünf Jahre eingefroren werden. Etwaige auf diese Bestände gezahlten Zinsen dürfen nur zum Erwerb russischer Staatsanleihen zum Nennwert verwendet werden. Bis zum Ablauf der Frist Ende April hatten russische Anleger die Bedingungen der Regierung für über 95 vH und ausländische Anleger für fast 90 vH ihrer GKO-Bestände akzeptiert.⁵⁸

Parallel zu den Verhandlungen mit den privaten Gläubigern wurden Verhandlungen mit multilateralen Kreditgebern über die Auszahlung bestehender Kredite bzw. die Gewährung neuer Mittel fortgesetzt. Ende Februar 1999 wurde ein Abkommen mit der Weltbank über einen Kredit in Höhe von 400 Millionen US-Dollar unterzeichnet. Bei Erfüllung der Kreditaufgaben sollte eine erste Tranche Ende April 1999 ausgezahlt werden. Ende April hat der IWF Rußland einen neuen Beistandskredit in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar gewährt. Im Gegenzug verpflichtet sich die russische Regierung, im Haushalt einen Primärüberschuß von 2 vH des BIP zu erwirtschaften und Strukturreformen vor allem im Steuerrecht und im Bankensektor durchzuführen. Mit dem neuen Kredit sollen die fällig werdenden russischen Verbindlichkeiten ge-

genüber dem IWF bedient werden. Nach der Einigung mit dem IWF erhält Rußland zudem weitere Kredite in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar von der Weltbank und von Japan.

Durch die Einigung mit dem IWF steigen auch die Chancen auf Fortschritte bei den bisher ebenfalls sehr schleppend verlaufenen Verhandlungen mit dem Pariser und Londoner Club. Die durch die Abwertung des Rubels erheblich gestiegene Belastung für den Staatshaushalt, für russische Banken und Unternehmen bei einer gleichzeitigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage haben Hoffnungen auf einen vereinbarungsgemäßen Schuldendienst zerschlagen. Entscheidend für den zukünftigen Zugang Rußlands zum internationalen Kapitalmarkt wird daher sein, daß die laufenden Verhandlungen konstruktiv geführt werden und es nicht von russischer Seite zu einseitigen konfiskatorischen Maßnahmen kommt.

Ordnungspolitik

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise im August 1998 hat sich der auf ordnungspolitischen Gebiet zu beobachtende Konzeptionsmangel verstärkt. Zur Überwindung der Krise waren zunächst verschiedene Wirtschaftsprogramme entwickelt worden, die aber nicht umgesetzt wurden. Vielmehr wurde auf drängende Probleme mit Ad-hoc Maßnahmen reagiert. Dabei kam es zwar nicht zu den befürchteten drastischen Eingriffen in die Wirtschaft, wie der Verstaatlichung von Unternehmen. Gleichwohl hat die Politik den Eindruck der Kurzsichtigkeit vermittelt und so zur Verunsicherung im In- und Ausland beigetragen.

Die Privatisierung war bereits im ersten Halbjahr 1998 ins Stocken geraten.⁵⁹ Nach den Ereignissen vom August und der Rubelabwertung waren geplante Verkäufe großer Unternehmen, auch an ausländische Investoren, verschoben worden. Erst im Dezember wurden 2,5 % der Anteile von Gazprom an die deutsche Ruhrgas für 660 Millionen US-Dollar, und damit nur geringfügig über dem festgelegten Mindestpreis, verkauft. Die Einnahmen aus der Privatisierung, die bis Ende November 1998 lediglich 3,4 Milliarden Rubel erreicht hatten,⁶⁰ konnten dadurch im

⁵⁵ Vgl. RFE-RL vom 24. Februar 1999.

⁵⁶ Vgl. Bank of Finland: Russian Economy — The Month in Review, Dezember 1998.

⁵⁷ Zudem darf nur ein Teil der Barauszahlungen unmittelbar in Dollar umgetauscht werden. Ferner soll der Umtausch dieses Betrages zu einem Kurs erfolgen, der um 10 vH ungünstiger als der Marktkurs liegt; vgl. Bank of Finland: Russian and Baltic Economies, a.a.O., 30. April 1999.

⁵⁸ Vgl. RFE-RL vom 4. Mai 1999.

⁵⁹ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik, a.a.O.

⁶⁰ Vgl. Goskomstat: Social'no ekonomič eskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999.

Gesamtjahr 1998 auf immerhin 15,2 Milliarden Rubel (1997: 23,3 Milliarden Rubel) gesteigert werden.⁶² Allerdings erreichten die Einnahmen auf Dollarbasis, umgerechnet zum jeweiligen Jahresendkurs, lediglich 55 % der ursprünglich geplanten Summe und sogar nur ein Fünftel des Vorjahresniveaus. Im Jahr 1999 sollen durch den Verkauf insbesondere von Anteilen großer Unternehmen, darunter Gazprom, Svjazinvest' und Aeroflot, wiederum 15 Milliarden Rubel Erlös werden. Die angespannte Haushaltslage könnte dabei Anlaß geben, über die geplanten Verkäufe hinaus weitere Unternehmen in die Privatisierungsliste aufzunehmen. Allerdings wird trotz der Engpässe in den öffentlichen Kassen derzeit der Kurs weiterverfolgt, große Unternehmen aus wichtigen Bereichen (u. a. Energie) nur zögerlich zu privatisieren. Der eigentlich für das erste Halbjahr 1999 vorgesehene Verkauf weiterer 2,5 % der Anteile an Gazprom wurde im März 1999 ohne Nennung von Gründen auf das zweite Halbjahr verschoben. Zudem hat die Duma in erster Lesung ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Anteile und damit der Einfluß ausländischer Aktionäre an 1150 strategischen Unternehmen auf unter 25 % beschränkt werden soll.⁶³

Eine wichtige Voraussetzung, um die finanzielle Disziplin von Unternehmen zu erhöhen und eine Restrukturierung einzuleiten, war mit dem zum 1. März 1998 in Kraft getretenen Insolvenzgesetz geschaffen worden.⁶⁴ Die darin vorgesehene Pflicht zur Insolvenzanmeldung durch den Schuldner hat im Jahr 1998 im Vergleich zum Vorjahr zu einer Verdoppelung der Insolvenzanträge geführt.⁶⁵ Um die noch unzureichende Umsetzung der insolvenzrechtlichen Regelungen zu verbessern, soll ein spezielles Konkursgericht geschaffen werden.

Das Insolvenzgesetz wurde bislang nicht auf Kreditinstitute angewandt. Zum 1. März 1999 wurden aber mit dem Inkrafttreten des Gesetzes „Über den Konkurs von Kreditorganisationen“ spezielle rechtliche Regelungen geschaffen.⁶⁶ Einen hohen Stellenwert haben dabei Maßnahmen, die den Fortbestand der Kreditinstitute ermöglichen sollen. Die finanzielle Sanierung, eine temporäre externe Verwaltung und die Reorganisation von Kreditinstituten sollen dem eigentlichen Insolvenzverfahren vorausgehen. Im Rahmen der finanziellen Sanierung können beispielsweise zeitlich befristet Geldmittel zur Verfügung gestellt, Garantien für Kredite gegeben sowie ein Zahlungsaufschub gewährt werden. Die temporäre Verwaltung, die in der Regel für ein halbes Jahr und maximal für bis zu 18 Monate von der Zentralbank eingesetzt werden kann, soll die Vermögensdispositionen des betroffenen Kreditinstituts kontrollieren und auf seine finanzielle Gesundung hinwirken. Hierzu können auch Reorganisationen, d. h. Eingliederungen und Verschmelzungen von Instituten, vorgenommen werden. Bleiben die Maßnahmen erfolglos, so wird dem betroffenen Kreditinstitut die Lizenz entzogen und das eigentliche Insolvenzverfahren eingeleitet. Dann können Kreditinstitute nicht mehr das im Rah-

men der Insolvenz von Unternehmen vorgesehene und auf 18 Monate befristete Reorganisationsverfahren der „äußeren Leitung“ durchlaufen. Gleichwohl dürften die Möglichkeiten eines zeitlichen Aufschubs im Rahmen der vorrangig durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen zu einer Verzögerung der Insolvenzverfahren von Kreditinstituten führen. Auch wenn nun die Verfahrensweise für die Insolvenz von Kreditinstituten formal geklärt ist, so ist im Bankensektor wie auch im Unternehmenssektor kaum damit zu rechnen, daß die Gesetze konsequent angewandt und Insolvenzverfahren zügig abgewickelt werden.

Unter dem Eindruck der Finanzkrise kündigte die Regierung zunächst an, die Rahmenbedingungen für den Zustrom ausländischen Kapitals verbessern zu wollen. Insbesondere in dem für ausländische Investoren potentiell interessanten Energiesektor blieb in Rußland im Unterschied zu Aserbajdschan und Kasachstan das ausländische Engagement in den vergangenen Jahren gering. In Ergänzung zu den gesetzlichen Regelungen über das Production-Sharing-Agreement (PSA) hat die Duma im Februar 1998 in zweiter Lesung die Liste mit Fördergebieten, die einem gemeinsamen Abbau vorbehalten sind, angenommen. Zusätzlich zu den beiden bereits geschlossenen, aber u. a. auf Grund der unklaren Gesetzeslage noch nicht umgesetzten Vereinbarungen wurde noch im Februar ein drittes PSA mit einem französischen und norwegischen Ölunternehmen geschlossen. Bevor die Ölproduktion anlaufen kann, sind allerdings noch weitere Fragen, etwa hinsichtlich der Konditionen für die Nutzung von Pipelines, zu klären. Ausländische Ölunternehmen unterliegen grundsätzlich auch dem zum Jahresanfang wieder eingeführten gestaffelten Exportzoll,⁶⁷ infolge eines auf unter 9,8 US-Dollar pro Barrel gesunkenen Preises wurde die Erhebung des Zolls im März vorübergehend ausgesetzt, zwischenzeitlich aber wieder eingeführt. Der Pflichtverkauf von Devisen, der im Januar von 50 auf 75 % der Erlöse erhöht wurde, gilt hingegen nur für russische Unternehmen. Ferner müssen seit Mitte März russische Unternehmen, die mindestens 25 % ihrer Exporterlöse zur Bedienung ausländischer Kredite aufwenden, nur 50 % zwangsumtauschen. Insgesamt bleiben die Klärungen zum PSA nur ein erster Schritt, um ausländische Investitionen im Energiesektor zu attrahieren, so daß angesichts des allgemein instabilen Umfelds durch diese Maßnahme allein kein starker Zustrom an Direktinvestitionen zu erwarten ist.

⁶² Vgl. Bank of Finland: Russian and Baltic Economies — The Week in Review, 13. Februar 1999.

⁶³ Vgl. Reuters vom 17. März 1999.

⁶⁴ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Wirtschaftliche Wende bedenklich verzögert, a.a.O.

⁶⁵ Vgl. Finansovye izvestija vom 2. März 1999.

⁶⁶ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 10/1999, S. 7 ff.

⁶⁷ Der Zollsatz beträgt 2,5 Euro pro Tonne Rohöl bei einem Weltmarktpreis zwischen 9,8 und 12,3 US-Dollar pro Barrel und 5 Euro pro Tonne bei einem Preis oberhalb von 12,3 US-Dollar.

Zusammenfassung

Der erneute Anlauf, ein Bodengesetz zu verabschieden, das die Unklarheiten beim privaten Erwerb landwirtschaftlich genutzter Böden beseitigt, war Ende 1998 gescheitert. Auf regionaler Ebene, u. a. in Saratov, wurden trotzdem Verkaufsauktionen durchgeführt. In Moskau ist seit Jahresanfang 1999 privates Eigentum an Grund und Boden zugelassen. Hier sollen Grundstücke an Investoren insbesondere zur Realisierung großer Projekte und zum Wohnungsbau veräußert werden. Hinsichtlich des Bodenrechts sind damit die Reformen auf regionaler und kommunaler Ebene weiter fortgeschritten als auf der Föderationsebene. In anderen ordnungspolitischen Bereichen ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: So schränkten in den Wintermonaten 1998/99 weitere Regionen mit Versorgungsmängeln den freien Handel mit Lebensmitteln über ihre Gebietsgrenzen hinaus ein und versuchten dadurch, steigenden Preisen entgegenzuwirken.⁶⁸ Die Tendenz, daß Regionen ordnungspolitische Entscheidungen vermehrt eigenständig treffen, hat sich also fortgesetzt. Die Unsicherheit darüber, welche der Regelungen, d. h. regionale oder föderale, letztlich dauerhaft gültig sein werden, ist ein weiteres Negativum.

Im Herbst 1998 waren verschiedene Versionen von Antikrisenprogrammen vorgelegt, keine davon aber konsequent umgesetzt worden. Die Vorlage eines Programms, das auch Voraussetzung für eine weitere Kreditvergabe durch den IWF ist, wurde zunächst für Ende des ersten Quartals 1999 angekündigt und dann weiter verschoben. Es dürfte zum Bestandteil des neuen mit dem IWF ausgehandelten Pakets werden.

⁶⁸ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Krise offenbart Fehler der Wirtschaftspolitik, a.a.O.

Zur russischen Finanz- und Währungskrise haben zwar weltwirtschaftliche Umstände, wie der Verfall der Preise für Energieträger und die Asienkrise beigetragen. Zu einem großen Teil wurde sie jedoch von wirtschaftspolitischen Fehlern der Regierung verursacht. Im Gefolge der Krise hat der russische Rubel bisher etwa drei Viertel seines Wertes am Devisenmarkt verloren. Zugleich ist es zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (–4,6 %) gekommen. Die Abwertung hat den russischen Unternehmen aber auch wesentlich verbesserte Möglichkeiten gegeben, Importgüter mit eigenen Produkten vom Markt zu verdrängen. Vereinzelt scheinen die Unternehmen diese Chance zu nutzen. Es zeichnet sich bislang jedoch nicht ab, daß dieser Trend an Breite gewinnt und einen dauerhaften Charakter annimmt. Vor allem fehlt es an Anzeichen für eine Belebung der Investitionstätigkeit und für eine Umkehr der Kapitalflucht. Die russische Wirtschaftspolitik hat sich durch die weitgehende und einseitige Einstellung des Schuldendienstes ebenfalls eine Atempause verschafft. Sie hat nun ihren Blick unverkennbar auf eine neuerliche großzügige Umschuldung, weitere Kredite vom IWF und eine weitgehende Schuldenstreichung, geheftet. Ansonsten beschränkt sie sich im wesentlichen darauf, die verlorengegangenen bzw. stumpf gewordenen Instrumente der Vor-Reform-Periode wieder zu restaurieren bzw. zu schärfen. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1999 um 4 bis 5 % schrumpfen. Die Inflationsrate (Dezember zu Dezember) wird nicht unter 60 % sinken.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands — Schuldenstreichung statt Reformen?

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304